

Kein Leopard 2 nach Saudi Arabien, keine Waffenexporte aus Deutschland



Der Export von 200 Leopard 2 Panzern an Saudi-Arabien mit einem geschätzten Volumen von 1,7 Milliarden Euro wird Deutschlands dritten Platz in der Rangliste der größten Waffenexporteure nach den USA und Russland weiter ausbauen. Zwischen 2000 bis 2010 erhöhte Deutschland seinen Anteil am weltweiten Waffenexport bereits von 7 auf 11 Prozent.

Der von Saudi-Arabien geordnete Leopard 2 ist für den Einsatz bei „Friedensmissionen“ und in urbanem Territorium gedacht. Dafür flossen in die Entwicklung Erfahrungen der jüngsten Kriege in Irak, Nahost und Afghanistan ein. Für den „urbanen Einsatz“ erhält der Panzer ein verkürztes Kanonenrohr und einen kleineren Wendekreis. Ein Modulkonzept erlaubt viele Einsatzvariationen: So kann ein Räumschild, der Einsatz von nicht-tödlichen Waffen oder eine Rundumkamera für den Einsatz in dicht bebauten Gebieten ergänzt werden.

Der Hersteller Krauss-Maffei Wegmann (KMW) zielte mit dem Leopard 2 auf den Markt im Mittleren Osten. Dafür erhielt der Panzer eine neue „Kampfraumkühlanlage“ und wurde u.a. in Katar und jüngst in den

Arabischen Emiraten getestet. Auf Militärmessen, wie im letzten Februar auf der „International Defence Exhibition & Conference“ in Abu Dhabi, stellte KMW den Panzer potentiellen Käufern in der Region vor.

Verstoß gegen Exportrichtlinien

Der Verkauf der Leopard-Panzer verstößt gegen die Exportrichtlinien der Bundesregierung. Diese berufen sich auf den europäischen Verhaltenskodex zu Waffenexporten des Rates der EU. Beide besagen, keine Ausfuhrgenehmigung zu erteilen, „wenn eindeutig das Risiko besteht, dass das zur Ausfuhr bestimmte Gerät zur internen Repression benutzt werden könnte“. Und Rüstungsexporte sollen nicht in Länder genehmigt werden, die in bewaffnete Auseinandersetzungen verwickelt sind oder in denen Spannungen und Konflikte durch den Export ausgelöst, aufrechterhalten oder verschärft werden können.

Saudi-Arabien hat im Nachbarstaat Bahrain militärisch geholfen, die dortige Bürgerrechtsbewegung nieder zu schlagen. Es ist nicht undenkbar, dass das System im eigenen Land ähnlich vorgehen wird. Regionalpolitisch ist die militärische Aufrüstung vor allem im Hinblick auf den Iran, einem der Hauptrivalen Saudi-Arabiens am Golf, kritisch. Daneben hat das Land Grenzkonflikte mit dem Jemen.



„Sicherheitsinteressen“ und Geschäft gehen vor Menschenrechten

Die deutsche Regierung und Wirtschaft hat kapitale Interessen an dem Milliardendeal. So unterstreichen die Minister De Maizière und Friedrich das große westliche Interesse, die „mäßige Rolle“ von Saudi-Arabien in der Region als Verbündeter des Westens zu unterstützen. Die Auflösung staatlicher Strukturen des Jemen mache Saudi-Arabien zu einem wichtigen Sicherheitspartner. Das hinderte die Bundesregierung nicht, dem Jemen bis zum Juni des Jahres militärische Beratung und Hilfe zu gewähren.

An dem 1,7 Milliarden Euro-Geschäft verdienen viele Unternehmen. Dazu gehören Zulieferfirmen, die sich z.T. in Besitz der Automobilunternehmen Daimler AG (MTU) oder Volkswagen (Renk) befinden. Weiterhin

„Leopard 2 – eine weltweite Erfolgsgeschichte“?

Das tödliche Potential ihres in 16 Länder verkauften „Erfolgsprodukts“ umgibt KMW mit einer Lyrik aus technologischer Terminologie und Abkürzungen

„Neben dem unübertroffenen IED (Improvised Explosive Device)- und Minenschutz erlaubt das modulare Schutzkonzept die Integration der Ausstattung für urbane Einsätze, das 360° Schutz gegen RPG (Rocket-propelled Grenade) Angriffe bietet, während ein Duell-Kit die Besatzung vor allem im frontalen Richtbereich in der klassischen Duell-Situationen vor KE (kinetische Energie Penetrator) und SC Munition (Shaped Charge, Hohlladungsgeschosse) schützt.“

Durch die Fähigkeit, die neue tempierbaren (in der Luft explodierende Munition) 120 mm HE (High Explosive) Geschosse abzufeuern, kann die Mannschaft auf Ziele in der Deckung und in Gebäuden wirken. Ausgestattet mit der ferngesteuerten Waffenstation FLW 200 (Fernbedienbare Leichte Waffenstation) von KMW, die unter Schutz bedienbar ist, ist der Leopard 2 A7+ sowohl in bebautem als auch in unbebautem Gelände durchsetzungsfähig.“

„halten mindestens 14 deutsche Finanzdienstleister Anteile im Wert von 1,74 Mrd. Euro an den Herstellern des Kampfanzers Leopard 2. Zudem vergaben deutsche Banken in jüngster Vergangenheit Kredite an diese Unternehmen in Höhe von mindestens 2,75 Mrd. Euro.“ Die Untersuchung der Kampagnen „Facing Finance“ belegt, „dass neben vielen großen Privatbanken (Deutsche Bank, Commerzbank, Hypovereinsbank, DEKA und DZ Bank) auch Versicherungen (Allianz, Württembergische LV), Landesbanken und auch die KfW zu den Investoren bzw. Kreditgebern der Panzerbauer gehören.“

Keine deutsche Waffen an Kriegsparteien und Menschenrechtsverletzer

In den Nahen und Mittleren Osten wurden und werden von Deutschland in erheblichem Maße Waffen, Kriegsgeräte und Ersatzteile geliefert. In dieser Region erfüllt kein Staat auch nur ansatzweise die Kriterien der Richtlinien. Damit beteiligt sich die Bundesregierung seit Jahren unmittelbar an der Aufrüstung von Konfliktparteien und heizt Krieg und Krisen im Nahen Osten weiter an.

Es gilt keine Ausfuhrgenehmigungen für Waffen und Kriegsgerät in den Nahen Osten und anderswo zu erteilen, bzw. diese unverzüglich zurückzunehmen. Statt kriegerische Konflikte mittels Aufrüstung weiter anzuhetzen, muss eine friedensfördernde Politik betrieben werden. Die Kriegswaffenproduktion in Deutschland muss durch Konversionsprogramme zu friedlichen Produktionslinien werden. ■

Infos, Aktionen, Adressen, Links

(einige Beispiele)

- » Kampagne „Aktion Aufschrei“
<http://www.aufschrei-waffenhandel.de/>
- » Campact – Unterschriftenaktion
<http://campact.de/waffen/sn1/signer>
(Stand 8/11: 102.557 Unterschriften)
- » Sammlung von Stellungnahmen
http://www.friedenskooperative.de/panzer_saudi_arabien.pdf